

## Neues aus der Kommission Vergleichende und Internationale Erziehungswissenschaft

Vom 15. bis 17. März 2010 fand in Mainz der 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) zum Thema „Bildung in der Demokratie“ statt. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde Prof. Dr. Volker Lenhart die Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft verliehen, unter anderem für seine Verdienste für die Kommission Vergleichende und Internationale Erziehungswissenschaft (VIE) und die Internationalisierung der deutschsprachigen Erziehungswissenschaft. Zur Ehrenmitgliedschaft gratulieren wir Volker Lenhart sehr herzlich! Im Folgenden drucken wir die Laudatio ab, die Frau Prof. Dr. Ingrid Lohmann bei der Mitgliederversammlung der DGfE am 16. März 2010 gehalten hat.

*Barbara Asbrand*

b.asbrand@em.uni-frankfurt.de

### **Laudatio für Volker Lenhart anlässlich der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft**

Die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft verleiht Prof. em. Dr. Volker Lenhart, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, die Ehrenmitgliedschaft für seine Verdienste um das Fach Erziehungswissenschaft wie auch um die DGfE als wissenschaftliche Fachgesellschaft. Zu deren internationaler Vernetzung hat er entscheidende Anstöße gegeben.

Volker Lenhart wurde am 14. Dezember 1939 in Berlin geboren. Von 1959 bis 1964 studierte er Latein, Evangelische Theologie und Erziehungswissenschaft in Heidelberg und Bonn und schloss das Studium mit dem Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Von 1964 bis 1968 war er Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität Heidelberg, promovierte 1968 zum Dr. phil. und war ebendort bis 1971 als Akademischer Rat sowie anschließend als Dozent bzw. als Professor für Allgemeine Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg tätig. 1972 erfolgte die Habilitation.

Seit 1973 hatte Volker Lenhart die Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Schulpädagogik an der Universität Heidelberg inne. Diese Stellenausrichtung wurde 1983 auf Schulpädagogik, Historische und Vergleichende Erziehungswissenschaft erweitert. Volker Lenhart hat in allen diesen Gebieten ein beeindruckendes Spektrum an

Publikationen aufzuweisen. Mit seiner Emeritierung 2008 wurde diese umfassende Ausrichtung der Stelle aufgehoben. Und tatsächlich würde sich heute nicht mehr leicht jemand finden, der diese drei Teilgebiete der Erziehungswissenschaft wie Volker Lenhart gleichermaßen glaubwürdig vertreten könnte.

Zudem hat Volker Lenhart von 1983 bis 2008 die 1966 von Hermann Röhrs gegründete Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Heidelberg geleitet. Diese Aufgabe nimmt er seit seiner Emeritierung weiterhin kommissarisch wahr. Mit Hermann Röhrs zusammen gab er das Handbuch ‚Die Reformpädagogik auf den Kontinenten‘ heraus.

Und wie um das Maß vollzumachen, wurde Volker Lenhart 1994 außerdem Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist es bis heute geblieben.

Vor der Fortsetzung dieser überaus produktiven Wissenschaftlerbiographie sei angemerkt, dass Volker Lenhart auch Gemeinderat in Lobbach war, seinem langjährigen Wohnort im Rhein-Neckar-Kreis unweit von Heidelberg. Seit vielen Jahren tritt er angesichts der Herausforderungen unserer Demokratie aktiv für demokratischen Bürgermut ein.

Volker Lenharts Name ist verbunden mit weithin ausstrahlender Forschung zu Bildung in Entwicklungsländern und zu Menschenrechten. Ein kürzlich abgeschlossenes Projekt betrifft ‚Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten‘, ein laufendes die ‚Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte‘. Sein Lehrbuch ‚Pädagogik der Menschenrechte‘ liegt seit 2006 in zweiter Auflage vor.

Volker Lenhart gilt zu Recht als ein Begründer der Internationalen Erziehungswissenschaft, die er aus pragmatischen Gründen als Teildisziplin innerhalb der Vergleichenden Erziehungswissenschaft ansieht. Als Gegenstandsbereich der Internationalen Erziehungswissenschaft nennt er die „auf Verständigung und Frieden ausgerichtete Lösung von Problemen, die aus dem Neben-, Gegen- und Miteinander unterschiedlicher nationaler, ethnischer und kultureller Gruppierungen herrühren und die sich entweder auch im Erziehungs- und Bildungsbereich manifestieren oder mit Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen ‚bearbeitet‘ werden können.“

In der Amtszeit von März 1986 bis März 1988 war Volker Lenhart Mitglied des Vorstands der DGfE und außerdem Mitglied des Gutachterausschusses ‚Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung‘ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie Vorsitzender der Kommission ‚Bildungsforschung mit der Dritten Welt‘. Letztere wiederum

arbeitete eng mit der Kommission ‚Vergleichende Erziehungswissenschaft‘ zusammen, deren stellvertretender Vorsitzender Volker Lenhart 1988 wurde.

Schon aus dieser Zeit stammen seine ersten wirkungsvollen Initiativen zu einer stärkeren Vernetzung mit internationalen erziehungswissenschaftlichen Fachgesellschaften. Volker Lenharts Name steht daher in besonderem Maße für die Vorgeschichte der 1994 erfolgten Gründung der ‚European Educational Research Association‘ (EERA), der heute 23 nationale und regionale Wissenschaftsverbände angehören. Er ist damit zumindest indirekt auch ein Wegbereiter der 2009 gegründeten ‚World Education Research Association‘ (WERA).

So berichtet die ‚Kleine Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft‘, dass die in den späten Achtzigern verstärkten „Bemühungen um die internationale Vernetzung der DGfE“ auf den „Hinweis des neuen Vorstandsmitglieds Volker Lenhart“ zurückgingen, dass „die Auslandsbeziehungen der DGfE“ intensiviert werden müssten: „mit der Konsequenz, dass diese Aufgabe zu einem Vorstandssamt aufgewertet und an Lenhart übertragen wurde“. Hervorgehoben wird auch „der Bericht Lenharts über den Stand seiner Recherchen zu internationalen Schwestergesellschaften der DGfE mit dem Ziel, die bisherigen, informellen Kontakte ‚langfristig zu einem Forschungsnetzwerk‘, zu einem ‚Forschungsverbund europäischer erziehungswissenschaftlicher Informationssysteme‘ auszubauen“.

Vorsitzender des DGfE-Vorstands war Volker Lenhart in der Amtsperiode von März 1988 bis März 1990. Er hatte sich auf dem 11. DGfE-Kongress in Saarbrücken für diese Kandidatur kurzfristig bereit erklärt, nachdem eine andere Kandidatur gescheitert war. Er wurde mit großer Mehrheit gewählt. In der ‚Kleinen Geschichte‘ ist weiterhin zu lesen, dass mit seiner Amtsperiode als Vorstandsvorsitzender „die willkommene Chance verbunden (war), die internationale Vernetzung des Vereins durch einen Fachvertreter der Vergleichenden Erziehungswissenschaft besonders engagiert voranzutreiben. So stand denn auch ein ‚verstärktes Bemühen um Kontakte der DGfE zu ausländischen Fachgesellschaften, insbesondere auch zu DDR-Kollegen‘ an der Spitze der Agenda, die Lenhart auf der ersten Sitzung des neuen Vorstands am 07.05.1988 zu Protokoll gab [...]. Die Liste kooperationsbereiter Partner hat sich seit 1988 um eine ganze Reihe von Staaten verlängert, darunter Spanien [...], Großbritannien [...], Luxemburg [...], Indien [...] und Japan [...]. Hierher gehört auch der Vorstandsbeschluss vom 19.06.1989, auf dem Bielefelder Kongress im März 1990 ein Symposium ‚Die Entwicklung der Erziehungswissenschaft in Europa‘ durchzuführen“.

Ein besonderes Kapitel der Internationalisierungsgeschichte der DGfE war die Aufnahme von Kontakten zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der Deutschen Demokratischen Republik, die vom DGfE-Vorstand unter dem Vorsitz Lenharts im Dezember 1988 beschlossen und nachdrücklich vorangetrieben wurde. Nachdem durch den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 eine neue Sachlage entstanden war, diskutierte der Vorstand intensiv darüber, wie die Kontakte nun weiter zu gestalten wären. Für die Vorstandssitzung im Januar 1990 legte Volker Lenhart ein Memorandum vor, in dem „für die künftig zu erwartende Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus der DDR

drei denkbare Optionen skizziert“ waren, deren erste, nämlich „das Angebot zu individueller Mitgliedschaft in der DGfE“, sich der Vorstand zu eigen machte. Ein Ergebnis war, dass auf dem 12. DGfE-Kongress in Bielefeld 1990 der amtierende APW-Präsident im Namen der Erziehungswissenschaft der DDR ein Grußwort sprach.

Der ‚Kleinen Geschichte‘ der DGfE ist zu dieser bewegten Phase auch zu entnehmen, dass es offenbar wiederum Volker Lenharts Initiative zu verdanken war, wenn die Gestaltung der Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern in tragfähige Bahnen gelenkt wurde. So machte sich der in Bielefeld gewählte neue Vorstand den Vorschlag des bisherigen Vorsitzenden Lenhart zu eigen, „die ‚Abwicklung‘ der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche in den neuen Ländern [...] doch erst einmal abzuwarten und dann dasselbe satzungsgemäße Aufnahmeverfahren zu praktizieren wie in der alten Bundesrepublik.“ Lenharts Argument: „Sofern sich die DGfE nicht nur als westdeutsche, sondern als nationale Fachgesellschaft versteht, kann sie schon um des rechtlichen Gleichheitsgrundsatzes willen [...] nicht anders verfahren“.

In der Amtszeit von Volker Lenhart als Vorstandsvorsitzendem wurde auch die Zeitschrift ‚Erziehungswissenschaft‘ als ‚Mitteilungsblatt‘ der DGfE ins Leben gerufen. In seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe (1. Jg. 1990, H. 1) schreibt er: „Nach dem Vorbild von Fachgesellschaften der Nachbardisziplinen und entsprechend der Praxis von parallelen Fachvereinigungen in anderen Ländern wird auch die DGfE künftig ein Mitteilungsblatt herausgeben. Dieses löst die bisherigen Mitteilungsformen ab [...]. Bevor das Blatt im Jahr 1990 in die Betreuung durch einen Verlag übergehen wird, beginnen wir mit dieser (noch in Eigenregie hergestellten) Probenummer. Der Vorstand hofft, daß das neue Medium von den Mitgliedern angenommen wird“. Heute können wir rückblickend feststellen, dass dies sehr wohl der Fall ist. Auch dieser Initiative Volker Lenharts waren mithin Langzeitwirkung und nachhaltiger Erfolg beschieden.

Kurz und gut: Volker Lenharts Verdienste um die Erziehungswissenschaft im Allgemeinen und die DGfE im Besonderen sind beträchtlich. Der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft ist es deshalb eine Freude, ihm die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen!

*Ingrid Lohmann*

Lohmann@erzwiss.uni-hamburg.de

# Biodiversitätsforschung – Meilensteine zur Nachhaltigkeit

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit biologischer Vielfalt ist Wissen über diese Vielfalt eine zentrale Voraussetzung. Dieses Wissen muss notwendigerweise aus verschiedenen Fachrichtungen kommen, denn neben den naturwissenschaftlichen Grundlagen sind auch soziale, ökonomische und rechtliche Aspekte wichtig. Außerdem muss das theoretische Wissen zu allgemeinen Zusammenhängen durch Erfahrungen zur Auswirkung bestimmter Handlungen im konkreten, lokalen Kontext ergänzt werden, so dass ‚wissenschaftliches Wissen‘ und ‚praktisches Wissen‘ zusammenspielen können. Die Umsetzung internationaler Abkommen wie der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) und nationaler Leitlinien wie der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt ist auf solch weit gefasstes Wissen angewiesen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat von 2000 bis 2010 im Forschungsprogramm BIOLOG transdisziplinäre Forschung zu Biodiversität und globalem Wandel gefördert, um solches Wissen zu sammeln und zugänglich zu machen.

Am 29. und 30. März 2010 fand in Berlin die Konferenz „Biodiversitätsforschung – Meilensteine zur Nachhaltigkeit“ statt, auf der ausgewählte Forschungsergebnisse aus BIOLOG vorgestellt und diskutiert wurden. Mehr als 230 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Landnutzungspraxis sowie von nationalen und internationalen Organisationen nahmen an den Vorträgen und Diskussionen teil. Die globale Dimension der Probleme, die durch den fortschreitenden Verlust von biologischer Vielfalt entstehen, wurde auch von eingeladenen Rednern aus Japan und vom Sekretariat der UN-Biodiversitätskonvention unterstrichen. Im Oktober 2010 wechselt die CBD-Präsidentschaft von Deutschland nach Japan, und beide Länder tragen eine besondere Verantwortung für die Verabschiedung zielführender Programme auf internationaler Ebene und ihre Implementierung in der Praxis.

Ein Ziel der Konferenz war es im von der UN ausgerufenen „Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010“ das Thema Biodiversität, seine wissenschaftliche Erforschung und die Vermittlung von Forschungsergebnissen verstärkt in die politische und öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Grundlegende wissenschaftliche Fragestellungen zu biologischer Vielfalt sind z.B.:

- Wie sind die Elemente von Biodiversität – Ökosysteme, Arten und genetische Information – räumlich verteilt, und wie ändert sich die Verteilung durch die Zeit?
- Welche Rolle spielt Biodiversität für das Funktionieren ökologischer Prozesse?
- Welche Bedeutung hat Biodiversität für menschliche Gesellschaften, und wie beeinflusst umgekehrt die Nutzung durch den Menschen die biologische Vielfalt?

Da sich die bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Biodiversität als unzureichend erwiesen haben, ist das wichtigste Ziel, aus den Forschungsergebnissen praxistaugliche Handlungsoptionen abzuleiten, die einen nachhaltigen Umgang mit Arten

und ihren Lebensräumen ermöglichen. Die Sicherung menschlicher Lebensgrundlagen ist ein essenzieller Bestandteil dieses Ansatzes.

Im Rahmen der Konferenz stellten die vier im Zeitraum 2007–2010 aktiven BIOLOG-Forschungsverbände ihre Ergebnisse zu folgenden Schwerpunktthemen vor:

- BIOPLEX – der Einfluss landschaftlicher Komplexität auf biologische Vielfalt,
- DIVA – die Funktion biologischer Vielfalt auf Wiesen,
- INVASION – die Rolle invasiver Pflanzenarten für Ökosysteme und genetische Ressourcen,
- SUBICON – die Bedeutung natürlicher Entwicklungsprozesse auf ehemaligen Tagebauflächen.

Die Forschungsergebnisse sowie die daraus entwickelten Handlungsoptionen wurden mit Akteuren aus der Praxis kritisch diskutiert. Die Verbundprojekte enthielten auch Vorhaben zur Kooperation mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, deren Ergebnisse ebenfalls präsentiert wurden. Neben den Ergebnissen aus zehn Jahren transdisziplinärer Biodiversitätsforschung richtete sich das Augenmerk der Veranstaltung auch auf die zukünftigen Perspektiven. Das BMBF plant noch in diesem Jahr neue Förderschwerpunkte zum Thema biologische Vielfalt zu starten. Diese werden sich zum einen am Forschungsbedarf bzw. den Kenntnislücken orientieren und zum anderen die Politik- und Anwendungsrelevanz in den Vordergrund stellen. Das beinhaltet auch die Integration der Geistes- und Sozialwissenschaften, um beispielsweise Strategien für die nachhaltige Nutzung von Biodiversität zu entwickeln, die auch wirtschaftliche Aspekte umfassen. Darüber hinaus ist eine verbesserte Kommunikation von Forschungsergebnissen und Handlungsvorschlägen an die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure erforderlich. Hierzu leistet das vom BMBF geförderte Vorhaben „Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland“ einen wichtigen Beitrag.

Die genannten Vorhaben stehen nicht allein sondern sind Teil des Rahmenprogramms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ für die Bereiche Klima, Energie und natürliche Lebensräume. Die Biodiversitätsforschung ist ein wichtiger Bestandteil des Rahmenprogramms, denn sie liefert die Wissens-, Strategie- und Handlungsgrundlagen, um die Bedeutung des Themas im gesellschaftlichen und politischen Bewusstsein auf (inter-)nationaler Ebene stärker zu verankern.

Weitere Informationen zur Konferenz, dem Forschungsprogramm BIOLOG sowie die erarbeiteten Handlungsempfehlungen sind unter: <http://www.biolog-veranstaltung.de> oder <http://www.biolog-europe.org> zugänglich, Aktivitäten von Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland unter <http://www.biodiversity.de>.

*Stefan Hotes*

*Stefan.Hotes@allzool.bio.uni-giessen.de*

## Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunftsfähige Schule

Achtzehn Jahre nach der Weltkonferenz von Rio ist Nachhaltigkeit als Leitbegriff längst im Zentrum gesellschaftlicher Diskurse angekommen – im Alltag der Schulen ist das noch weit weniger der Fall, trotz großer Anstrengungen und zahlreicher Programme wie der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Dabei ist unbestritten, dass Nachhaltigkeit als Modernisierungsstrategie nicht zuletzt auf schulischer Bildung aufsetzen muss. Denn Nachhaltigkeit zielt auf mehr als politische Regulierung und technische Innovation. Sie basiert auch auf die Veränderung individueller Verhaltens- und Konsummuster, auf Gerechtigkeitsüberlegungen und die individuelle Befähigung zur politischen Partizipation. Der Schule kommt die Aufgabe zu, Schüler/-innen zur aktiven Gestaltung ihrer Zukunft zu befähigen. Sie muss sich daher zwingend Fragen nachhaltiger Entwicklung annehmen.

Die Tagung „Zukunftsfähiges Deutschland – zukunftsfähige Schule“ am 21. April in Berlin nahm die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie zum Anlass, um über Perspektiven nachhaltiger Bildung zu diskutieren. Die Veranstaltung, die von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, von Brot für die Welt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, BUND, EPIZ, INKOTA-Netzwerk, Berlin 21 und der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt wurde, richtete sich an Lehrerinnen und Lehrer und erarbeitete Strategien, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung im Alltag der Schulen verankert werden kann.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Tilman Santarius, einer der Autoren, zentrale Themen und Perspektiven der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vor. Eine grundlegende Wende auf einen umweltverträglichen, sozial gerechten und ökonomisch tragfähigen Entwicklungspfad sei noch immer nicht gelungen. Für den notwendigen Kurswechsel bedürfe es nicht zuletzt der Fähigkeit und Motivation junger Menschen zur politischen Partizipation. In der Schule dürfe es nicht alleine um Wissensvermittlung gehen, vielmehr müssten Schüler/-innen in die Lage versetzt werden, sich aktiv einzumischen.

Wie viel Begeisterung Bildung für nachhaltige Entwicklung hervorrufen kann, zeigte die Präsentation von Schülerinnen und Schülern verschiedener Berliner Schulen, die von ihren Aktivitäten in Unterrichtsprojekten und Schülerfirmen berichteten. Beispielsweise zeigte das Mikrokreditprojekt der Evangelischen Schule Berlin-Zentrum, wie es gelingt, die Erfahrungswelt von Schülerinnen und Schülern mit globalen Zusammenhängen

zu verknüpfen: Schüler/-innen verdienen sich dabei durch kleine Jobs ein wenig Geld, das in der Schule gesammelt, in Dollar getauscht und über die Bank von Nobelpreisträger Muhammad Yunus in Bangladesh als Mikrokredit vergeben wird.

Den Kern der Tagung bildeten Workshops, in denen Themenfelder der Studie vertieft wurden: die Zukunft der Mobilität, faire Produktionsketten, der Zusammenhang von Klima und Gerechtigkeit, neue Regeln für die Weltwirtschaft und energiepolitischen Fragen wurden jeweils in einer doppelten Perspektive behandelt. Die Workshops boten thematische Vertiefung und diskutierten die schulgerechte Aufarbeitung und didaktische Vermittlung.

Die Tagung schloss mit einer Debatte über die zukunftsfähige Schule. Gerhard de Haan vom Institut Futur der Freien Universität Berlin und Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ betonte, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung ein Impuls für eine bessere Schule sein kann. Sie bringt Schulen dazu, ihre Inhalte auf die Relevanz für die Gestaltung der Welt von morgen zu überprüfen. Damit geht eine Orientierung nicht an den Fächern, sondern an den Schülern einher. Für Andrea Börner, Seminardirektorin in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung liegt die Stärke von Bildung für nachhaltige Entwicklung vor allem darin, dass sie für Schüler/-innen sinnstiftend ist. Das gelte nicht nur für Kinder aus bildungsnahen Familien, sondern auch für die so genannten ‚Risikoschüler‘. Wie jedoch kann BNE weiter befördert werden? Tom Stryck, Leitender Oberschulrat in Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vertrat die Auffassung, dass BNE nicht verordnet werden könne. Schulen muss der Freiraum zur eigenen Profilbildung eröffnet werden. Wie dieser genutzt werde, müssten Schulen selbst entscheiden, Nachhaltigkeit als Schulschwerpunkt sei nur eine von mehreren Optionen. Gerd de Haan und Georg Krämer, der Fachkoordinator für Globales Lernen am Welthaus Bielefeld hingegen forderten eine aktive politische Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung durch entsprechende Anreize. Andreas Huber, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft The Club of Rome, wies darauf hin, dass es letztlich auf die Motivation der Lehrkräfte für das Thema ankomme und es begrüße, wenn Veranstaltungen wie die in der Heinrich-Böll-Stiftung zur Ermutigung beitragen, dieses Thema weiter zu stärken.

Stefan Ertner  
ertner@boell.de

## Entwicklungspolitische Regionalkonferenz Ost

Gibt es im Osten was Neues? Diese Frage stellte sich Uwe Prüfer vom Verbund entwicklungspolitischer NRO in Brandenburg (VENROB) zur Eröffnung der Entwick-

lungspolitischen Regionalkonferenz Ostdeutschland, die am 10. und 11.05.2010 in Potsdam stattfand. Eingeladen hatten die ostdeutschen Landesnetzwerke gemeinsam mit der Stiftung

Nord-Süd-Brücken. Erst einmal bekamen die rund 100 Interessierten aus Nichtregierungsorganisationen, EZ-Institutionen, Landesparlament, Ministerien und Verwaltungen im Konferenzraum der Industrie- und Handelskammer jedoch Historisches in einem von Jan Wenzel moderierten Zwiegespräch zu hören: Willi Volks, Mitarbeiter des INKOTA-Netzwerkes und einstiger Teilnehmer des Entwicklungspolitischen Runden Tisches in der Nachwendezeit, erinnerte daran, dass an eben jenem Tisch die Forderung erhoben wurde, den Wert „Solidarität“ in der deutschen Verfassung zu verankern. Gleichfalls betonte Volks, der für die Projektarbeit in Mittelamerika zuständig ist, dass z.B. in einem Land wie Nicaragua einst die sandinistische Revolution mit Solidaritätsprojekten gestützt wurde, während heute Organisationen wie INKOTA-Netzwerk in erster Linie professionelle entwicklungspolitische Projekte ohne diesen ideologischen Überbau fördern. Dennoch, so Volks, sei es imperativ, weiterhin eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit zu betreiben, gerade angesichts des Skandals, dass auch heute noch mehrere Hundert Millionen Menschen hungern.

Andrea Krönert vom Ökohaus Rostock stellte in ihren Beiträgen die Verbindungen zwischen Nord und Süd, zwischen alltäglichen und fernen Lebenswelten heraus. Krönert, die das lokal und regional bekannte Initiativenhaus mitaufgebaut hat, verwies darauf, dass sich für sie die Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik, Interkulturalität und Migration viel konkreter gestalten, dadurch dass das Ökohaus z.B. auch in der Unterbringung und Begleitung von Flüchtlingen tätig ist. Lebensrealitäten zu berücksichtigen, hat, so Krönert, dem Ökohaus in seiner schulischen Bildungsarbeit geholfen: „Wir müssen eine Beziehung zu den Jugendlichen herstellen. Wir können nicht unmittelbar mit entwicklungspolitischen Problemen auf sie ein-

reden. Erst wenn wir herausfinden, warum sie darauf ‚Null-Bock‘ haben und wir uns auf die Dinge einlassen, die sie bewegen, dann können wir sie dort abholen und für Themen des Globalen Lernens gewinnen.“

In der abschließenden Podiumsdiskussion zu möglichen neuen Impulsen für das entwicklungspolitische Engagement der Bundesländer wurden jedoch primär die entwicklungspolitischen Herausforderungen auf Länderebene offenbar. Erfreulich war, dass immerhin die Staatssekretärin aus Berlin, Almuth Nehring-Venus, und ihr brandenburgische Kollege, Henning Heidemanns, mitdiskutierten. Mehrere entwicklungspolitisch Aktive im Saal betonten die Bedeutung von Bildung auf Landesebene und sprachen sich – mit Blick auf die anwesenden Staatssekretäre – für mehr Verantwortung, Finanzen und Engagement der Bundesländer beim Thema der entwicklungspolitischen Bildung aus. Klaus Krämer, zuständiger Referatsleiter für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im BMZ, lud die Länder dazu ein, bei der Einbindung der Kommunen in die Entwicklungszusammenarbeit eine aktivere Rolle zu spielen. Walter Hättig von der Stiftung Nord-Süd-Brücken forderte schließlich, die Bundesländer sollten regelmäßig – und unter Bezugnahme auf den Ministerpräsidenten-Beschluss zur Entwicklungspolitik vom Oktober 2008 – über ihr entwicklungspolitisches Engagement vor dem Parlament Bericht erstatten. Dies würde nicht nur das Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit im Land aufwerten, sondern auch der Zivilgesellschaft die Chance zur konstruktiven Begleitung der Landesentwicklungspolitik geben.

*Andreas Rosen*  
*andreas.rosen@nord-sued-bruecken.de*